

Olga Karach

Mein Name ist Olga Karach, ich bin Menschenrechtsverteidigerin. In Belarus droht mir für meine Menschenrechtsaktivitäten die Todesstrafe.

Wir helfen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren, aber es ist eine große Herausforderung. Sie sind nirgends willkommen. Heute sind diejenigen, die sich weigern, zu den Waffen zu greifen und nicht an die Front gehen wollen – Kriegsdienstverweigerer und Deserteure – zu Kriminellen geworden.

Formal hat sich Belarus nicht am Krieg gegen die Ukraine beteiligt, obwohl die Überwachung der Aktivitäten der belarussischen Armee, die von [unserer Organisation] "Unser Haus" im Rahmen der belarussischen Kampagne "Nein heißt Nein" durchgeführt wird, darauf hindeutet, dass die belarussische Armee eine umfassende Vorbereitung auf eine Invasion der Ukraine getroffen hat, die bis heute andauert.

Es gibt nur eine Strategie, um die Gefahr zu verhindern, dass von Belarus aus eine zweite Front in der Ukraine eröffnet wird, und die ist, umfassend für belarussische Männer zu kämpfen, die sich weigern, der Armee beizutreten und zu den Waffen zu greifen.

Nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine, als sich abzeichnete, dass belarussische Truppen gezwungen sein könnten, zu den Waffen zu greifen und gegen Ukrainer zu kämpfen, waren viele derzeitige Wehrpflichtige und Berufssoldaten über diese Aussicht entsetzt und versuchten zu fliehen. Infolgedessen begann die Zahl der belarussischen Kriegsdienstverweigerer zu steigen.

Die Situation belarussischer Männer, die sich weigern, zu den Waffen zu greifen und der Armee beizutreten, kann als katastrophal und verzweifelt beschrieben werden, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen von Belarus. In Belarus wurde die Todesstrafe für Fahnenflucht unter dem Vorwand des "Staatsverrats" eingeführt. Die Gesetzgebung über den Aufschub des Militärs wurde verschärft, wodurch die Möglichkeiten für belarussische Männer, sich dem Militärdienst zu entziehen, wenn dies den eigenen Überzeugungen widerspricht, erheblich eingeschränkt wurden.

Obwohl es in Belarus formell einen alternativen Zivildienst gibt, gilt dieser nur für einen sehr begrenzten Teil religiöser Männer. Allein im Jahr 2022 wurden etwa 400

Strafverfahren gegen belarussische Männer eingeleitet, die sich weigerten, der Armee beizutreten, und alle diese Gerichtsverfahren wurden als geheim eingestuft, was zu erheblichen Schwierigkeiten beim Zugang zu Informationen über die Strafverfolgung von Kriegsdienstverweigerern in Belarus führte. Derzeit hat die belarussische Polizei etwa 5.000 belarussische Männer zur Fahndung ausgeschrieben, weil sie versucht haben, sich dem Militärdienst [durch Flucht] in Russland oder den Ländern der Europäischen Union zu entziehen.

Darüber hinaus ist es für belarussische Kriegsdienstverweigerer praktisch unmöglich, nicht nur dem Militärdienst zu entgehen oder einer Haftstrafe wegen ihrer Verweigerung des Militärdienstes zu entgehen, sondern auch in anderen Ländern Zuflucht zu suchen.

Russland liefert belarussische Kriegsdienstverweigerer nach Belarus aus, wo sie inhaftiert werden.

Litauen betrachtet belarussische Kriegsdienstverweigerer als "Bedrohung für die nationale Sicherheit Litauens" und schiebt sie – mit einem Einreiseverbot in die Europäische Union für die nächsten fünf Jahre – nach Belarus ab. Leider wissen wir aufgrund offizieller litauischer Quellen und Medien sowie von Fällen, in denen unser Team Rechtshilfe geleistet hat, dass im Jahr 2023 rund 1700 Belarussen in Litauen unter dem Deckmantel der "Bedrohung der nationalen Sicherheit Litauens" kurzerhand zur Persona non grata erklärt wurden. Diese Personen, sowohl Männer als auch Frauen, wurden nur deshalb als Bedrohung angesehen, weil sie irgendwann in ihrem Leben, bis in die 1990er Jahre zurückreichend, in der belarussischen Armee gedient hatten (wenn auch nur als Buchhalter) oder eine Kadettenakademie besucht hatten. In diesem Zusammenhang sehen wir uns gezwungen, über politische Manipulationen und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen gegen belarussische Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Litauen zu sprechen.

Auch in anderen Ländern stehen belarussische Kriegsdienstverweigerer vor großen Herausforderungen, wenn sie versuchen, ihren Status zu legalisieren und den Militärdienst zu vermeiden.

Mit anderen Worten, es ist für einen Belarussen unter den gegenwärtigen Umständen fast unmöglich, sein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen auszuüben.

Wir helfen diesen Menschen, für die wir selbst Druck und Repression ausgesetzt sind.

Heute möchte ich sagen: Nein zum Krieg.

Kriegsdienstverweigerern zu helfen kostet weniger als jede Rakete, aber aus irgendeinem Grund tut es niemand.

Wie könnten Putin und Lukaschenko in den Krieg verwickelt werden, ohne Soldaten zu haben?

Aber sie werden Soldaten haben. Dies wird das Ergebnis von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit sein, da nur wenige den Kriegsdienstverweigerern helfen, vor dem Militär gerettet zu werden.

Wir wollen menschliches Leben erhalten. Der einfachste Ansatz besteht darin, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die sich nicht an einem Krieg beteiligen wollen, nicht dazu gezwungen werden, dies zu tun und so die Menschenrechte zu schützen, insbesondere die Rechte von Kriegsdienstverweigerern.

Lasst uns gemeinsam Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern helfen.

Lasst uns den Krieg mit humanen und gewaltfreien Mitteln beenden.

Lasst uns diejenigen retten, die noch nicht getötet wurden – Kinder, Frauen und ältere Menschen. Retten wir sie, bevor es zu spät ist.

Lasst uns endlich über Frieden reden, Nachrichten über den Frieden lesen und Kindern militärisches Spielzeug wegnehmen, denn Krieg ist kein Spiel, weder für Kinder noch für Erwachsene.

Wir brauchen Frieden hier und jetzt.